

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ehe für alle – und zwar jetzt!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten oder sich einer bestehenden Initiative anzuschließen, um Ehe und Lebenspartnerschaft in Hinblick auf die Rechte und Pflichten der Partner*innen endlich umfassend gleichzustellen und die Ehe zu öffnen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis Ende September 2015 zu berichten.

Begründung

Bereits im März 2013 beschied der Bundesrat positiv über eine Bundesratsinitiative zur Eheöffnung, die jedoch im Bundestag im Zuge des Ablaufens der Legislaturperiode nicht mehr abgestimmt wurde. Aus gegebenem Anlass sollte das Land Berlin nun über den Bundesrat die Chance nutzen, noch in der laufenden Legislaturperiode die Initiative zur Öffnung der Ehe zu ergreifen.

Berlin hätte die Chance, hiermit ein positives Zeichen zu setzen. Deutschland hängt inzwischen international bei der rechtlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft weit hinterher. Gerade Berlin als Hauptstadt beweist jedoch, dass die Lebensrealitäten der Menschen schon deutlich weiter sind als es eine blockierende Minderheit wahrhaben möchte. Unabhängig davon, dass Menschenrechte nicht durch Umfragemehrheiten entschieden werden sollten, zeigen Umfragen jedoch, dass eine sehr große Mehrheit der Menschen diese Lebens-

realitäten als gleichwertig anerkennt und diese Gleichwertigkeit auch in Form der Eheöffnung befürwortet.

Doch das Zeichen ginge darüber noch deutlich hinaus. Leben doch in Berlin wie auch im Rest des Landes zehntausende Familien, denen die volle rechtliche Anerkennung auch weiterhin verwehrt wird. Der Staat macht sich durch seine mangelnde Anerkennung von Familien mit queer-liebenden Eltern mitverantwortlich für ein gesellschaftliches Klima, in dem ebenjene Familien diskriminiert werden. Hier geht es auch sehr deutlich um Fragen des Kindeswohls, das durch eine entsprechende Entscheidung gestärkt würde.

Berlin kann und darf sich der Realität der gesellschaftlichen Entwicklung nicht länger verschließen und sollte gemeinsam mit anderen Bundesländern den Druck auf den Bund erhöhen, um hier endlich die staatliche Diskriminierung queer-liebender Menschen und ihrer Familien zu beenden.

Berlin, den 02.06.2015

Delius Baum Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion

U. Wolf Schatz Dr. Lederer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke

Pop Kapek Kofbinger Behrendt
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen